

**BL**

BERICHT  
AUS DEM  
LANDTAG

FEBRUAR 2020

**3** *Klartext:*  
E-Strategie darf nicht scheitern!

**6** *Aus dem Plenum:*  
Aufruf gegen Antisemitismus

**8** *Mehr Radwege:*  
3 Fragen an Gerda Hövel



**WIND, WALD UND ENERGIEVERSORGUNG**  
**CDU TREIBT ENERGIEWENDE VORAN**

## EDITORIAL



Sehr geehrte Damen und Herren,

der Februar war politisch von den Umständen um die Wahl eines Ministerpräsidenten in Thüringen und der Ankündigung der CDU-Vorsitzenden geprägt, bei der Bundestagswahl nicht als Spitzenkandidatin zur Verfügung zu stehen. Für die CDU-Landtagsfraktion gilt seit jeher, dass es keine Zusammenarbeit mit der hiesigen AfD gibt. Sie konzentriert sich in ihrer parlamentarischen Arbeit nicht darauf, eigene politische Vorschläge zu erarbeiten. Stattdessen versucht sie fremdenfeindliche Ressentiments zu schüren und die Arbeit von Regierung und Parlament insgesamt zu verunglimpfen. Die AfD nutzt ihre Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit, um sich selbst eine Opferrolle zuzuschreiben. Sie stellt die Arbeit der anderen Fraktionen falsch dar und arbeitet in Netzwerken im Internet mit Unwahrheiten und Unterstellungen. Mit Ihrem Verhalten schadet die AfD dem Ansehen des Parlaments und der Demokratie.

Die niedersächsische AfD ist keine Protestpartei. Sie ist eine rechtsextreme Partei. Sie gehört nicht in den niedersächsischen Landtag.

Jens Nacke  
Parlamentarischer Geschäftsführer

## BERICHT DER BORCHERT-KOMMISSION

# „TIERHALTER BRAUCHEN LÖSUNGEN“

Die Borchert-Kommission hat in Berlin Vorschläge zur Zukunft der Nutztierhaltung vorgelegt. Das Ergebnis ist ernüchternd: Die Nutztierhaltung in Deutschland ist so nicht zukunftsfähig. Bleibt alles wie bisher, verlieren die Tierhalter an Akzeptanz. Dagegen steigen die Kosten für höhere Auflagen, die Wettbewerbsfähigkeit sinkt. Wie sieht der Ausweg aus, Frau Otte-Kinast?



Die Transformation der Nutztierhaltung hin zu mehr Tierwohl und Umweltschutz wird viel Geld kosten. Die Kommission bezifferte den Betrag anfangs auf 1,2 Milliarden und nun auf 3,6 Milliarden Euro. Aber Geld alleine wird die Zukunft der Nutztierhaltung nicht sichern.

Die Bundesregierung muss das Bau- und das Umweltrecht so weiterentwickeln, dass Landwirte, die bereit sind, ihre Tierhaltung zu verändern, auch investieren können. Zielkonflikte zwischen Tierwohl und Umweltschutz dürfen nicht einseitig zulasten des Tierwohls entschieden werden. Stallumbauten für mehr Tierwohl müssen vor allem dann genehmigungsfähig sein, wenn das bisherige Emissionsniveau nicht überschritten wird. Dafür braucht es eine Rechtsgrundlage auf Bundesebene.

## Entwicklungsmöglichkeiten für Betriebe

Es geht auch darum, in den Kommunen und Landkreisen verschiedene Interessen

zu berücksichtigen, sodass die Behörden vor Ort rechtssicher handeln können. Wir werden uns daher mit den Landkreisen mit hoher Viehdichte an einen Tisch setzen und Kommunen unterstützen, die für ihr

## „Konflikte nicht einseitig zulasten des Tierwohls entscheiden“

bergs setzen wir uns ferner dafür ein, dass der Bestandsschutz für leerstehende Altställe befristet wird, um mehr Planungssicherheit für die Kommunen und Genehmigungsbehörden sowie mehr Entwicklungsmöglichkeiten für Betriebe zu schaffen.

Mein Ziel: Wenn die deutschen Tierwohl- und Umweltstandards über dem Niveau anderer Länder liegen sollen, dann muss zusätzliches Geld fließen. Dafür erhalten die Tierhalter Planungssicherheit für 20 Jahre und mehr, um sich überhaupt darauf einzulassen.

Gemeindegebiet Flächennutzungs- und Bebauungspläne erstellen wollen. Nach dem Vorbild Baden-Württem-

## KLARTEXT

# „E-STRATEGIE DARF NICHT SCHEITERN!“

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Karl-Heinz Bley ist stolz darauf, dass Niedersachsen das Auto-land Nr. 1 in Deutschland ist. Doch macht er sich Sorgen, ob das so bleiben wird. VW setzt mit der Elektromobilität alles auf eine Karte.

Die Automobilindustrie hat sich mit dem Dieselskandal und dessen Aufarbeitung wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert: Eine dringend im Kunden- und Umweltinteresse gebotene Nachrüstung mit Katalysatoren für Euro-5-Fahrzeuge auf Kosten der Hersteller wurde nicht umgesetzt. Fahrverbote drohen, und Autokäufer, die in gutem Glauben einen Diesel gekauft haben, müssen nun auf dem Klageweg versuchen, ihren Schaden erstattet zu bekommen.

## E-Autos erfüllen Absatzerwartung nicht

Ob dem Ziel, CO<sub>2</sub>-ärmere Fahrzeuge auf den Markt zu bekommen, mit Elektroautos nachzukommen ist, ist derzeit höchst umstritten. Der Verkauf von E-Autos liegt hinter allen Erwartungen; in Niedersachsen betrug der Anteil batteriebetriebener Neu- und Gebrauchtwagen im vergangenen Jahr 0,6 Prozent. Während Experten zunehmend Technologieoffenheit einfordern, nimmt der Druck der Hersteller auf die Vertragshändler, Elektrofahrzeuge zu verkaufen, mit jedem Tag zu. Mit einseitigen Subventionen greifen Hersteller und Politik bereits in den Markt ein: Die Entscheidung der Politik gemeinsam mit der Automobilindustrie, den bisher wenig genutzten Umweltbonus von 4000 auf 6000 Euro zu erhöhen, hat Käufer jedoch eher verunsichert, weil die EU-Kommission noch prüft, ob es sich dabei um eine unzulässige Beihilfe handelt.

## Auch auf Alternativen setzen

Dabei ist die Klimabilanz der E-Autos längst nicht so gut, wie es den Anschein hat. Beim E-Auto fehlt darüber hinaus immer noch



die Reichweite, und das Ladenetz ist nicht nur auf dem Land unzureichend. Eine finanzielle Förderung anderer CO<sub>2</sub>-reduzierender Antriebssysteme wie Gas und Wasserstoff wäre auch deshalb sinnvoll. Der Verbrennungsmotor, besonders der moderne Diesel, wird noch lange für eine klimafreundliche Mobilität gebraucht. Ich sehe die Elektromobilität als Brückentechnologie, vor allem in Ballungsgebieten. In der Fläche aber wird sich diese Technologie mittelfristig nicht durchsetzen können. Wir sollten mehr auf Wasserstoff und Brennstoffzellentechnik setzen, sonst ereilt den Automobilstandort Deutschland ein ähnliches Schicksal wie beim Aufbau einer industriellen Batteriezellproduktion.

Die angestrebten Verkaufsziele von VW, man spricht von 400.000 Fahrzeugen, sind eine sehr mutige Aussage. Ich wünsche mir als Niedersachse natürlich, dass das gut geht. VW ist ein Aushängeschild für unsere Branche – das darf nicht scheitern. An der Größenordnung zweifle ich trotzdem.

**„Ich sehe die Elektromobilität als Brückentechnologie, vor allem in Ballungsgebieten“**





WIND, WALD UND ENERGIEVERSORGUNG

# Was zum Gelingen der Energiewende beiträgt

Die Energiewende in Deutschland stockt, insbesondere der Ausbau der Windenergie in Norddeutschland. Für das Gelingen der Energiewende ist aber gerade der Ausbau der Windenergie von zentraler Bedeutung. Sie hat den größten Anteil bei den erneuerbaren Energien und muss auch in der Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Ohne sie wird der Umbau der deutschen Strom- und Energiewirtschaft nicht erfolgreich sein.

## Bekanntnis zum Ausbau der Windenergie

Die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion hat sich während der Klausurtagung ihres Vorstands klar zu dem Ziel des Koalitionsvertrages bekannt, die mit der Energiewende für unser Land verbundenen Wachstums- und Entwicklungschancen zu nutzen und hierfür die Windenergie an Land und auf See weiter auszubauen. Vermehrte Klagen, gescheiterte Ausschreibungen und die Krise der Windanlagenhersteller zeigen aber, dass die ambitionierten Ausbauziele der Bundesregierung unter den jetzigen gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht erreichbar sind und zugleich in erheblichem Umfang der Verlust von technischem Knowhow und Arbeitsplätzen in der deutschen Windkraftindustrie drohen. Vor diesem Hintergrund fordert die CDU-Landtagsfraktion ein Maßnahmenbündel zum beschleunigten Ausbau der Windenergie bei gleichzeitiger Steigerung der Akzeptanz.

## Akzeptanz für Windenergie

Die Akzeptanz für neue Windparks ist häufig nicht gegeben. Die Menschen sind in Sorge und befürchten gesundheitliche Auswirkungen durch Windräder vor ihren Häusern. Dem müssen wir entgegenwirken. Für den Ausbau der Windenergie muss gelten: Mensch vor Natur. Es ist den Menschen nicht zu erklären, dass zu Gebieten, in denen zum Beispiel der Rotmilan nistet, mehr Abstand eingehalten werden soll als zu Wohnsiedlungen. Daher muss es Ausnahmen beim Artenschutz und klare rechtliche Abstandsregelungen zu Wohnsiedlungen geben. Ein Abstand von 1.000 Metern ist dafür eine gute Richtschnur.

## Windparks und unser Wald

Damit es wieder zu einem Ausbau der Windenergie kommen kann, wollen wir den Kommunen die Möglichkeit geben, Vor-

ranggebiete für die Windenergie auch an und in Wäldern auszuweisen. Waldflächen mit festgelegten Schutzgebietskulissen wie Nationalparke, Vogelschutz- oder Natura-2000-Gebiete sollen dabei ausgeschlossen werden. Die für Windenergie zu nutzende Fläche wollen wir auf maximal zehn Prozent der Gesamtwaldfläche in Niedersachsen beschränken.

## Windenergie ist Klimaschutz

Der Ausbau von erneuerbaren Energien ist ein aktiver Beitrag zum Schutz unserer Ressourcen. Aktuell wird die Errichtung von Windenergieanlagen durch Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen erschwert und verteuert. Dieses Hindernis beim Ausbau der Windenergie muss beseitigt werden und Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen beim Bau von On- und Offshore-Windkraftanlagen umgehend abgeschafft werden.

## Konflikte beim Ausbau entschärfen

Ältere Anlagen befinden sich am Ende ihrer Abschreibungsdauer. Durch veränderte Rahmenbedingungen sind zahlreiche dieser Standorte heute nicht mehr genehmigungsfähig und es droht sogar der Rückbau von Anlagen. Daher soll es eine dauerhafte Bestandssicherung genehmigter Windenergieflächen einschließlich der Möglichkeit zum Repowering der Einzelanlagen und der Windparks geben.

Viele Potentialflächen für Windenergieanlagen können nicht genutzt werden, da es zu Konflikten mit der Flugsicherung kommt. Dabei könnte der Abstand zu Flugplätzen von derzeit 15 auf den europäischen Standard von 5 bis 10 Kilometer ohne Beeinträchtigung der Sicherheit gesenkt werden.



## Vermarktung voranbringen

Weitere Maßnahmen, um die Windenergie weiter nach vorne zu bringen, sind die verstärkte Speicherung erneuerbarer Energien, der bedarfsgerechte Ausbau der Stromnetze und deren Digitalisierung sowie schnellere Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen. Zusätzlich muss es Anreize vor Ort für die Ausweisung von Windenergieanlagen geben und die Möglichkeit der Direktvermarktung von erneuerbaren Energien geschaffen werden.

Wer die Energiewende will, muss bereit sein, neue Wege zu gehen – auch solche, die nicht populär sind. Aber nur mit Mut und Entschlossenheit wird die Energiewende im gewünschten Umfang zu schaffen sein. Für die CDU-Landtagsfraktion stehen aber die Menschen in unserem Land immer im Vordergrund. Die Energiewende darf nicht zu ihren Lasten gehen.



# Landtag ruft zum Kampf gegen Antisemitismus und Hetze auf

Die erste Plenarsitzung in diesem Jahr stand im Zeichen des Gedenkens an die Opfer des Holocausts und die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 75 Jahren. In einer bewegenden Ansprache richtete der Holocaust-Überlebende Shaul Ladany das Wort an alle Abgeordneten und zahlreiche Gäste. Der heute 83-jährige emeritierte Professor für Ingenieurwissenschaften überlebte das Konzentrationslager Bergen-Belsen im Alter von acht Jahren und entging 1972 nur knapp der Geiselnahme durch palästinensische Terroristen bei den Olympischen Spielen in München.

## Kampf gegen Antisemitismus und Hasskriminalität im Internet

Der Parlamentarische Geschäftsführer Jens Nacke nahm die anschließende Aktuelle Stunde zum Anlass, sich unmissverständlich zum jüdischen Leben in Deutschland zu bekennen: „Wir bekämpfen den Antisemitismus! Wir trotzen dem Gift des Nationalismus! Wir schützen jüdisches Leben! Wir stehen an der Seite Israels! Die gesellschaftliche Mitte darf nicht schweigen oder es gar hinnehmen, wenn sich in unserem Land politische Kräfte breit machen wollen, welche die Verfassung und die staatlichen Institutionen in Frage stellen“, so Nacke. Dies gelte insbesondere im Kampf gegen Antisemitismus, aber auch im Zusammenhang mit der zunehmenden Gewaltbereitschaft gegen-

über Ehrenamtlichen und Rettungskräften. „Es muss alles getan werden, um jegliche Art von Hass gegen Ehrenamtliche, Amtsträger oder Einsatzkräfte zu verhindern, gerade auch im Internet“, sagt der innenpolitische Sprecher Sebastian Lechner. Die Täter müssten die Gefahr einer Identifizierung sehen und so ausgebremst werden: „In Zeiten dynamischer IP-Adressierung brauchen wir mindestens eine IP-Vorratsdatenspeicherung, um damit auch zu einer Anschlusskennung zu kommen. Europa- und verfassungsrechtskonform, aber mit der nötigen Konsequenz“, so Lechner abschließend.





## Hebammenversorgung in Niedersachsen für die Zukunft aufstellen

Vor dem Hintergrund der steigenden Geburtenrate will die Koalition von CDU und SPD eine ausreichende Hebammenversorgung in Niedersachsen sicherstellen. „Zur Kinderfreundlichkeit gehört dazu, dass wir gut ausgebildete Hebammen vorhalten“, erklärt der Abgeordnete Burkhard Jasper. Es müssten erforderliche Maßnahmen ergriffen werden, um möglich werdende Engpässe zu verhindern und einer ungewissen Zukunft entgegenzusteuern. „Niedersachsen ist in der glücklichen Lage,

dass an der Hochschule Osnabrück schon ein Studiengang mit 45 Plätzen existiert. Wir richten nun 140 zusätzliche Studienplätze ein. In Osnabrück, Oldenburg und Göttingen wird der Studienbetrieb im Wintersemester 2020/21 beginnen, in Hannover wegen Bauarbeiten erst ein Jahr später. Somit wird es insgesamt 185 Studienplätze in Niedersachsen geben. Da an den Fachschulen auf Grundlage aktueller Zahlen durchschnittlich 90 bis 100 Ausbildungsplätze entfallen, handelt es sich um eine deutliche Kapazitätserweiterung“, so Jasper weiter.

## Massive Verbesserungen des Kinderschutzes auf den Weg bringen

Nach dem Missbrauchsskandal um das Jugendamt Hameln-Pyrmont im vergangenen Jahr hat die Regierungskoalition von CDU und SPD einen gemeinsamen Maßnahmenkatalog vorgelegt, der den Kinderschutz in Niedersachsen massiv verbessern soll. Vor allem die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Träger und Stellen soll ausgebaut werden – auch länderübergreifend.

**„Unser Ziel ist eine lückenlose verpflichtende Zusammenarbeit zum Wohle der Kinder“**

„Wir benötigen eine kritische Analyse der Schnittstellen und müssen dabei auch prüfen, wie die unterschiedlichen Zuständigkeiten für alle Kinder und Jugendlichen von 0 bis 18 Jahren optimiert werden können“, so Petra Joumaah, Abgeordnete aus dem Kreis Hameln-Pyrmont. Ziel müsse eine verpflichtende Zusammenarbeit sein, die auch eine Kooperation von Kindergärten, Schulen, allen Beteiligten im Gesundheitswesen, der Jugendämter sowie der Ermittlungsbehörden beinhalte. „Diese muss so gestaltet werden,

dass der Schutzauftrag zum Wohle der Kinder lückenlos erfüllt wird. Ein vernünftiger Datenaustausch ist dabei von großer Bedeutung.“ Auch sei es dringend erforderlich, das vielfältige, aber

teilweise unübersichtliche Angebot von Anlauf- und Beratungsstellen im Land systematisch zu bündeln und bekannt zu machen, damit den Hilfesuchenden

ein niederschwelliges Angebot ermöglicht wird. „Wir müssen dabei unbedingt darauf achten, das Beratungsangebot mit den Augen der Kinder zu sehen. Ich denke da an ein Hilfstelefon oder die Möglichkeit, eine Whatsapp-Nachricht direkt an eine HelferIn oder einen Helfer zu schicken“, so Joumaah abschließend.



# 3 FRAGEN AN...

Gerda Hövel, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, zum Radwegebau in Niedersachsen



## Warum setzt sich die CDU-Fraktion für eine Stärkung des Radverkehrs in Niedersachsen ein?

Immer mehr Menschen nutzen in ihrem Alltag das Fahrrad als umwelt- und gesundheitsbewusste Alternative zum Auto. Besondere Bedeutung hat diese Entwicklung für den ländlichen Raum. Hier kann der ÖPNV nicht in derselben Qualität vorgehalten werden wie in den Städten. Deshalb sind das Fahrrad und gut ausgebaute Radwege die Voraussetzung für den sicheren Weg zur Schule und zum Arbeitsplatz. Doch nur rund die Hälfte unserer Landstraßen in Niedersachsen hat einen Radweg. Das muss sich ändern!

## Kritiker sehen Probleme aufgrund der Flächenversiegelung, die durch mehr Radwege zunimmt. Stehen Radfahren und Umweltschutz etwa im Widerspruch?

10 Millionen Euro geben wir in diesem Jahr für den Neubau von Radwegen an Landesstraßen aus. Wenn Radwege, wie zurzeit üblich, hauptsächlich mit Asphalt gebaut werden, dann versiegeln sie natürlich den Boden. Die Versiegelung von Flächen gilt es daher zu minimieren. Deshalb werben wir für den Einsatz neuartiger klimafreundlicher Baustoffe beim Radwegebau, die in anderen Bundesländern bereits in der Praxis getestet werden. Eines bleibt aber klar: Beim Thema Verkehrssicherheit machen wir keine Abstriche.

## Was hat es mit dem Konzept des Bürgerradwegs auf sich?

Aus Kostengründen dauert es oft viel zu lange, bis die notwendigen Radwege in den Kommunen gebaut werden. Engagierte Bürgerinitiativen greifen jetzt mit „ins Rad“. Sie finanzieren mit Spendengeldern die Planung ihres gewünschten Radwegs und unterstützen die Bereitstellung der notwendigen Grundstücksflächen. Damit entlasten sie das Land nicht nur finanziell. Das ist vorbildliches Bürgerengagement und wird vom Land Niedersachsen ausdrücklich unterstützt. Seit diesem Jahr mit einem eigenen Ansatz im Landeshaushalt.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

CDU-Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag  
Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover  
[www.cdu-fraktion-niedersachsen.de](http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de)

### Verantwortlich:

Jens Nacke MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Redaktion:

Sabine Busse  
Ralph Makolla  
Doreen Helms  
Marco Zacharias  
Telefon (05 11) 3030-4119  
[bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de](mailto:bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de)

### Die Fraktion auf Facebook:

[www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds](https://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds)

### Die Fraktion auf Instagram:

[www.instagram.com/cdu.fraktion.nds](https://www.instagram.com/cdu.fraktion.nds)

## TERMINE

25. – 27. Februar 2020: **Plenarsitzung**

25. – 27. März 2020: **Plenarsitzung**

30. März – 14. April 2020: **Osterferien**

### Bildnachweis:

Titelseite / Energieversorgung: pixabay  
Barbara Otte-Kinast: Landwirtschaftsministerium  
VW-Werk: pixabay